

### Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Stadler, Pendl, Dr. Sonnberger, Brosz  
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Vorgangsweise bei Ersuchen um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung gem.  
Art. 57 Abs. 3 B-VG

eingebraucht im Zuge der Debatte über TOP 8 betreffend Bericht des Immunitätsausschusses über das  
Ersuchen der Staatsanwaltschaft Klagenfurt (GZ 3 St 98/07t) um Zustimmung zur behördlichen  
Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Stefan Petzner (193 d.B.)

Im Immunitätsausschuss mussten in letzter Zeit mehrere Ersuchen um Zustimmung zur  
behördlichen Verfolgung von Abgeordneten behandelt werden, die sich auf Vorwürfe  
bezogen, die Handlungen betrafen, die jedenfalls vor Erlangung des Mandats, aber auch vor  
der Wahlkampfperiode zur Erlangung dieses Mandats gesetzt worden sind.

Im Hinblick darauf stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Frau Bundesministerin für Justiz wird ersucht, die zuständigen Strafverfolgungs-  
behörden darauf hinzuweisen, dass Ersuchen um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung  
(Art. 57 Abs. 3 B-VG) nur dann zu stellen sind, wenn nicht offensichtlich kein Zusammenhang  
mit der politischen Tätigkeit des Abgeordneten besteht; ein solcher Zusammenhang ist  
jedenfalls auszuschließen, wenn die inkrimierte Handlung eindeutig vor der Zeit gesetzt  
wurde, in der der Beschuldigte ein Mandat innehatte beziehungsweise diese Handlung auch  
nicht im Zusammenhang mit dem Wahlkampf zur Erlangung dieses Mandats gesetzt wurde.“

Wien, den 19. Mai 2009

